

US-NOTENBANK DER MÄCHTIGSTE GEHEIMBUND DER WELT

KAPITAL, MACHT UND EGOISMUS SIND EINE GEFÄHRLICHE KOMBINATION. WIE DIE FED DAS INTERNATIONALE FINANZSYSTEM KONTROLLIERT UND DIE KRISE AUSLÖSTE.

° NACHHALTIG

Mit welchen Ethik- & Ökofonds Sie Ihr Geld erfolgreich durch die Krise steuern.



geld-magazin EXTRA
Die monatliche Finanzbeilage
der Wiener Zeitung

Wer regiert die Welt?

Die USA werden gemeinhin als die mächtigste wirtschaftliche und politische Kraft der Welt bezeichnet – doch wer hat eigentlich in den USA das Sagen? Wer nun auf den Shooting-Star Barack Obama tippt, hat nur bedingt recht. Abgesehen vom US-Präsidenten und den demokratisch legitimierten Institutionen Kongress und Repräsentantenhaus laufen viele Fäden der Macht bei der amerikanischen Notenbank, der FED (Federal Reserve Board), zusammen. Die FED hat zum ersten Hilfspaket der US-Regierung im Gesamtausmaß von 8,5 Billionen Dollar nicht weniger als 5,5 Billionen beigesteuert. Eine weitere Milliarde Dollar pumpte sie im heurigen März ins marode amerikanische Finanzsystem. Über die volkswirtschaftliche Sinnhaftigkeit solcher Aktionen kann man nun streiten, wirklich bedenklich ist aber, dass die FED bei solch großzügigen „Spenden“ an praktisch keinerlei demokratische Willensbildung gebunden ist. Während etwa Finanzminister Timothy Geithner für die Zustimmung seines jüngsten 700 Milliarden-Dollar-Rettungspaketes nach Leibeskräften vor dem Kongress kämpfen musste, fallen innerhalb der FED die Entscheidungen hinter verschlossenen, wohl gepolsterten Türen. Übrigens ist die FED keine klassische staatliche Nationalbank, sondern ein Zusammenschluss von Privatbanken. Demokratische Kontrolle, Transparenz? Fehlanzeige. Die besondere Pikanterie an der momentanen Situation ist, dass die FED zwischen 2001 und 2003 die US-Leitzinsen von 6,5 auf ein Prozent absenkte und damit für eine ausufernde Liquiditätsversorgung der amerikanischen Wirtschaft sorgte. Diese Niedrigzinspolitik animierte unzählige Haushalte dazu sich zu verschulden und Hypothekarkredite aufzunehmen. Das Ende der Geschichte ist bekannt. Nicht wenige Kritiker orten die FED deshalb als Hauptverursacher des derzeitigen Schlamassels. Ob das stimmt? Das geld-magazin geht in seiner aktuellen Coverstory der Wahrheit auf den Grund. Wenn Geld die Welt regiert – wer regiert dann die FED?



Alexander Langgruber ◦
Verlagsleiter geld-magazin

IMPRESSUM

Medieneigentümer 4profit Verlag GmbH
Medieneigentümer, Herausgeber- und Redaktionsadresse
 1070 Wien, Neubaugasse 2/2
 Tel.: +43/1/997 17 97-0, Fax, DW-97
 office@geld-magazin.at
Herausgeber 4profit Verlag GmbH
Geschäftsführer Mario Franzin, Snežana Jovic, Marcus Lerche
Assistenz Carina Bauer
Chefredakteur Mario Franzin
Stv. Chefredakteur Harald Kolerus
Redaktion Jürgen Baldinger, Wolfgang Freisleben, Harald Kolerus, Raja Korinek, Peter Matznetz, Wolfgang Regner, Clemens Rosenkranz, Rainer Sommer
Grafische Leitung 4profit Werbeagentur GmbH
Chefin vom Dienst Daniela Obereder
Bildmaterial Reuters, sxc.hu, shutterstock.com, Peter Provaznik
Datenanbieter Lipper
Verlagsleitung Alexander Langgruber
Projektleitung & Verkauf
 Anatol Eschelmüller
Key Account Manager Nikolaus Pjela
Druck Berger Druck, 3580 Horn, Wiener Straße 80, www.berger.at

BRENNPUNKT

6
Panorama. Sparkurs: Billigauto aus Indien + Abu Dhabi fährt auf Daimler ab + Kritik an EU-Krisenmanagement.

GELDANLAGE

18
Nachhaltigkeitsfonds. Gutes Geld in bösen Zeiten. Ethische und ökologische Investments könnten von der Finanzkrise profitieren.

INHALT

04/2009

COVERSTORY

8
Cover. US-Notenbank unter Beschuss: Intransparenz und fragwürdige Entscheidungen – ist die FED schuld an der Weltwirtschaftskrise?

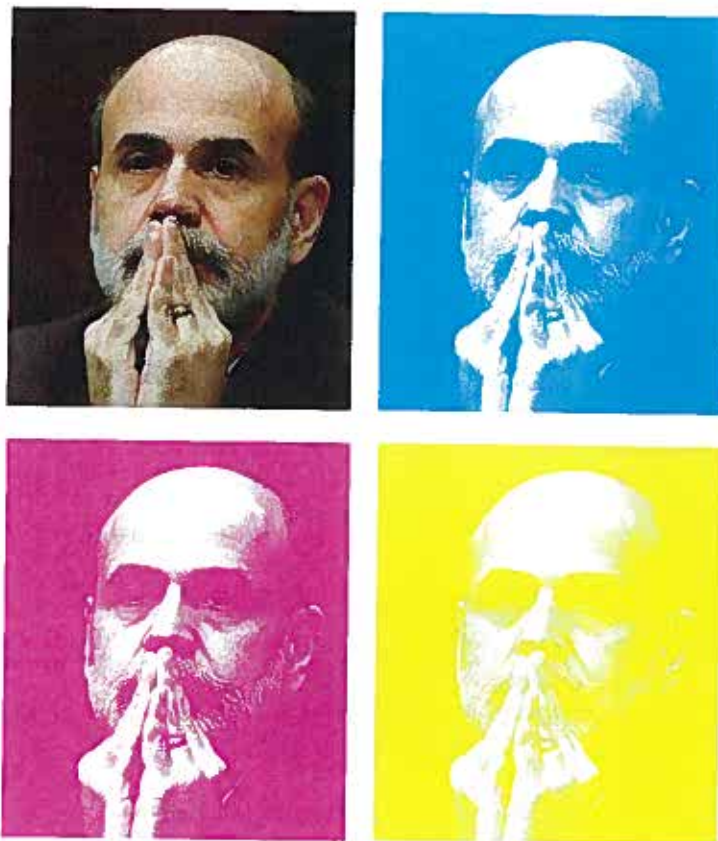




Die FED als Verursacher der Finanzkrise

Wie das amerikanische Federal Reserve Board als Machtzentrum der Finanzwelt versagte.

Wolfgang Freisleben



Wenn das Federal Reserve Board in Washington, gemeinhin FED genannt, die Finanzkrise bekämpfen will, dann geht es nicht mehr um Millionen oder Milliarden, sondern bereits um Billionen (zu je 1.000 Milliarden). Rund 5,5 Billionen Dollar hatte nach Aufstellung des Comptroller of the Currency im US-Finanzministerium die FED per Ende 2008 zum ersten Hilfspaket der Regierung im Ausmaß von insgesamt 8,5 Billionen Dollar beigesteuert. Um wenigstens die ganz großen Banken zu retten, wurden sie wie die Citibank, die Immobilienfinanzie-

rer Fannie Mae und Freddie Mac oder der Versicherungsriese AIG praktisch vom Finanzminister verstaatlicht. Und die FED kaufte ihnen zusätzlich wertlose „Wertpapiere“ im Gesamtvolumen von mehreren Billionen Dollar ab. Ein nennenswerter Erfolg war indes bisher kaum sichtbar – sieht man davon ab, dass einige konkursreife Finanz-Giganten künstlich am Leben erhalten werden.

SCHWERE ARTILLERIE

Trotz dieses Misserfolgs beschloss das Federal Reserve Board im März, eine wei-

tere Billion Dollar ins Finanzsystem zu pumpen, um die großen, renommierten Wall-Street-Banken mit Cash im Austausch gegen weitere „toxische“ Wertpapiere, wie die inzwischen berüchtigten Asset oder Mortgage Backed Securities (ABS bzw. MBS), weiterhin über Wasser halten zu können. Und um dem Staat erstmals durch den Ankauf von langfristigen Treasury Bonds beizustehen, weil offenbar die traditionellen ausländischen Financiers, wie China, Japan und die Ölstaaten, nur mehr zögerlich den USA Staatsanleihen abkaufen wollen.

DEFINITION

DAS FEDERAL RESERVE SYSTEM (FED)

Damit macht Ben Bernanke seinem Spitznamen alle Ehre. Denn „Helikopter-Ben“ hatte schon in früheren Jahren gemeint, man müsse notfalls sogar über den USA Dollarnoten aus einem Helikopter abwerfen. Die neue aggressive Vorgangsweise der FED zur Bekämpfung der Finanzkrise ist so etwas wie der letzte große Sturmangriff, bei dem die Armee mit schwerer Artillerie in die alles entscheidende Schlacht zieht. Denn die jahrzehntelang taugliche Waffe der Zinspolitik hat keine Wirkung mehr, seit die Zinsen ohnedies bereits praktisch auf null sind. Ob die bisherigen Dollar-Billionen die Lage stabilisieren oder die maroden US-Banken tatsächlich ein Fass ohne Boden sind, wird sich bald herausstellen. Bekannt ist jedenfalls, dass noch immer 165 Billionen Dollar an spekulativen Derivaten und 15 Billionen an Credit Default Swaps (CDS) in den Büchern der großen Banken stehen. Dem stehen gerade mal 4,5 Billionen Dollar an „Assets“ gegenüber, die größtenteils aus Immobilien-, Eigenheim-, Studenten-, Auto- und Kreditkartenkrediten bestehen, die nicht gerade beruhigende Sicherheiten darstellen.

SONDERBEFUGNISSE

Die FED hatte bei ihren Aktionen bislang unbekanntes Sonderbefugnisse ausgespielt, die im Kongress zunehmend Unbehagen verursachen. Die Washington Post zitierte am 26. März 2009 den demokratischen Abgeordneten Alan Grayson aus Florida, der meinte: „Diese Art der einseitigen Entscheidungen seitens der FED hätte sogar König Ludwig XIV nur sehr zögerlich gemacht.“ Grayson hatte schon bei einem Kongress-Hearing im

STRUKTUR ◦ Das Kürzel FED steht für „Federal Reserve System“. Darunter ist nicht etwa eine staatliche Nationalbank im herkömmlichen Sinn zu verstehen, sondern ein Zusammenschluss von zwölf regionalen, über die USA verstreuten Privatbanken, die jeweils den Namen Federal Reserve Bank tragen dürfen und von denen nur die Aktionäre selber wissen, wem sie tatsächlich gehören. Die zweifellos wichtigste ist die Federal Reserve Bank of New York, die eigentlich für Ordnung in der Wall Street sorgen soll, wo einige der weltgrößten Banken ihren Sitz haben. Sie darf als einzige Auslandsgeschäfte betreiben.

BOARD ◦ Die Willensbildung findet im Federal Reserve Board statt, dessen Sitzungen in Washington in einem eigenen, entsprechend imposant gestalteten historischen Gebäude stattfinden. Das Board besteht aus sieben vom Präsidenten der Vereinigten Staaten ernannten und mit Zustimmung des Senats für 14 Jahre gewählten Mitgliedern. Die Mitglieder des Rats können nicht wiedergewählt werden. Nach außen wird das Board vom Präsident repräsentiert. Er und der Vizepräsident werden gleichfalls formell vom US-Präsidenten ernannt, doch wer sie vorher auswählt, blieb bisher geheim.

GREMIUM ◦ Das wirtschaftspolitisch wichtigste Gremium der FED ist das Federal Open Market Committee (FOMC), das im historischen FED-Gebäude in Washington D.C. tagt. Seine Aufgaben bestehen u. a. in der Durchführung von Offenmarktgeschäften. Somit entscheidet das Gremium, ob der US-Leitzins (die Target Rate der Federal Funds Rate) geändert wird. Darüber hinaus kann das Gremium auch über Eingriffe in den Devisenmarkt den Wechselkurs des US-Dollar zu anderen Währungen beeinflussen. Aus diesem Grund werden Sitzungen des FOMC und Aussagen seiner Mitglieder von den Finanzmärkten als äußerst wichtige wirtschaftspolitische Entscheidungen wahrgenommen. Dem FOMC gehören neben den sieben Mitgliedern des Board of Governors die zwölf Vorsitzenden der regionalen Federal Reserve Banken an, von denen jedoch nur fünf stimmberechtigt sind. Zu diesem Zweck sind elf der zwölf Banken nach geografischen Aspekten zu vier Gruppen zusammengefasst, die jeweils ein Mitglied des FOMC stellen. Innerhalb der Gruppen erfolgt eine Rotation zwischen den einzelnen Federal Reserve Banken. Wegen ihrer Wichtigkeit nimmt die Federal Reserve Bank of New York an diesem Rotationsverfahren nicht teil – sie hat ein ständiges Stimmrecht im FOMC. Das Gremium tagt acht Mal pro Jahr.

DIREKTOREN ◦ Die Umsetzung der Entscheidungen des FOMC obliegt dem Board. Abgesehen von seinen wirtschaftspolitischen Kompetenzen ernannt der Rat auch je drei Direktoren für die zwölf Federal Reserve Banks. Die restlichen sechs Direktoren jeder Federal Reserve Bank werden von den Mitgliedsbanken ernannt. Die Direktoren sind jeweils eng mit zahlreichen Großkonzernen verbunden. Die Struktur gewährleistet, dass die FED in erster Linie die Interessen großer Banken und anderer Konzerne wahrnimmt.

EIGENTÜMER ◦ Die wahren Eigentümer der Federal-Reserve-Banken mit entsprechenden Eigentumsrechten blieben seit 100 Jahren im Verborgenen, was natürlich immer wieder zu mannigfaltigen Spekulationen Anlass gibt. Veröffentlicht wurden lediglich einmal die Mitgliedsbanken der New Yorker FED, die für ihre Einlage jährlich eine Verzinsung von sechs Prozent erhalten, aber keinen Anspruch auf die Gewinnverteilung haben. Ab einer bestimmten Größe sind Banken gesetzlich verpflichtet, Mitglied der FED zu sein. Wie viel vom Gewinn an das Finanzministerium abgeführt wird und wie viel den Eigentümerbanken zufließt, bleibt ebenso geheim wie deren sonstige Privilegien.

PRÄSIDENT ◦ 19 Jahre lang – vom 11. August 1987 bis 31. Januar 2006 – amtierte Alan Greenspan als Präsident. Am 1. Februar 2006 folgte ihm Ben Shalom Bernanke nach. Beide sind Wirtschaftswissenschaftler und stammen aus jüdischen Familien.



„Wir haben in unserem Land eine der korruptesten Organisationen, die die Welt jemals gesehen hat. Ich spreche über das Federal Reserve Board.“

Louis T. McFadden, republikanischer US-Politiker im Jahr 1932



Jänner 2009 den FED-Vizepräsidenten Donald L. Kohn attackiert, weil sich die Notenbank beharrlich weigerte, die Namen der Empfänger von Krediten in Höhe von immerhin rund 1,2 Billionen Dollar zu nennen – auch wenn bekannt ist, dass JPMorgan Chase, Citibank, Goldman Sachs und Morgan Stanley zu den größten Nehmern gehören.

Außerdem erregten sich immer mehr Abgeordnete darüber, dass die FED riesige Summen von Steuerzahler-Dollars ausgibt, ohne die Zustimmung des Kongresses einzuholen. Im Financial Service Committee des Repräsentantenhauses sah sich Federal Reserve Chairman Ben S. Bernanke daher einer nicht gerade freundschaftlichen Befragung ausgesetzt, wo denn in der Verfassung der USA die an den Tag gelegte Machtfülle der FED verankert sei, worauf der ansonsten eher sanft auftretende Bernanke ausgesprochen gereizt reagiert haben soll. Die scharfe Kritik der Abgeordneten ist verständlich. Denn als Finanzminister holte Timothy Geithner brav die Zustimmung des Kongresses für sein 700-Milliarden-Dollar-Rettungspaket ein. Gleichzeitig beschloss FED-Chairman Ben Bernanke hinter verschlossenen Türen und ohne den Kongress damit zu befassen, mit einer zusätzlichen Billion Dollar das staatliche Rettungspaket noch zu verstärken.

Die ohnedies schon negative Stimmung verstärkte sich Ende März noch, als die Obama-Regierung ankündigte, eine mit großer Machtfülle ausgestattete neue Kontrollinstanz schaffen zu wollen, um die Stabilität des Finanzsystems zu überwachen. Denn es sickerte durch, dass der US-Präsident diese wichtige Funktion

ausgerechnet der FED übertragen will – also just jener Institution, die schon bisher bei der Überwachung der Banken versagt hat. Und das, obwohl dort Ökonomen sitzen, wie der republikanische Senator Richard C. Shelby indigniert feststellt und meinte, er habe daher ein ausgesprochen schlechtes Gefühl, denselben Leuten noch mehr Macht zu geben. Und Christopher J. Dodd pochte als Chairman des Banken-Ausschusses im Senat bei einem Hearing Ende März unmissverständlich darauf, dass die FED das Finanz-Desaster und damit die Weltwirtschaftskrise mitzuverantworten habe.

FED FÜHRT NUR AUFTRÄGE AUS

Wie die Entscheidungen in der FED getroffen werden, ließ die New York Times in seltener Offenheit die Leser einst in ihrer Ausgabe vom 2. Dezember 1981 wissen. In einem Bericht stellte sie fest, dass die FED zu den drei geheimsten Institutionen von Washington gehöre. Gleichzeitig beschrieb der Autor eher zynisch seine Vorstellungen von einer Sitzung des Offenmarkt-Ausschusses: Der Gouverneur der FED von New York sitzt mit dem FED-Präsidenten am Ende des großen Konferenztisches und verliest die Instruktionen, die sie zuvor von außen erhalten hätten. Wer die Ratgeber „von außen“ sind, ist nicht schwer zu erraten: die Chefs jener großen Banken, die mit den Aktien der zwölf FED-Banken die Macht in Händen halten. Wie diese Macht verteilt ist, versuchte das Bankenkomitee des Repräsentantenhauses 1976 in einer Studie über die Direktoren der FED-Banken herauszufinden. Das Ergebnis: Es gibt vielfältige Interessens- und Funktions-

Verflechtungen – nicht nur mit großen US-Konzernen, sondern auch mit den Rothschild-Banken und der J. Henry Schroder Gruppe in London.

Die Spuren der ursprünglichen Gründungsaktionäre wurden seit 1913 durch zahllose Aufkäufe, Verschmelzungen und Namensänderungen zwar verwischt, ließen sich aber zumindest für die allmächtige FED-Bank von New York doch einigermaßen nachvollziehen. Demnach hält JPMorgan Chase – also die Familien Rockefeller und Morgan – 38 Prozent und die Citibank (gleichfalls Rockefeller) 17 Prozent. Auch Goldman Sachs und Morgan Stanley dürften größere Aktienanteile besitzen. Die Mitgliederliste 1983 umfasste insgesamt 27 Banken. An der gesamten FED-Gruppe werden den rein amerikanischen Banken insgesamt Anteile von 66 Prozent, den alten europäischen (jüdischen) Bankhäusern (direkt oder indirekt über US-Banken) 26 Prozent zugeschrieben, darunter zehn Prozent den Rothschild-Banken.

KRISE VON DER FED PROVOZIERT

Die Kritik der Kongress-Abgeordneten scheint nicht unberechtigt. Denn mit den raschen und geradezu dramatischen Senkungen der Leitzinsen ab Jänner 2001 von 6,5 Prozent bis auf ein Prozent im Juni 2003 und einer damit verbundenen übermäßigen Liquiditätsversorgung der US-Wirtschaft hatte der damalige FED-Präsident Alan Greenspan versucht, den damals größten Kurssturz an den Börsen seit 50 Jahren zu stabilisieren. Dies gab den Banken die Möglichkeit, extrem niedrig verzinste Kredite zu vergeben. Auch ärmere Familien wurden so in die Subprime-Kreditfalle gelockt und zu Hauskäufen auf Kredit animiert, die sie sich nur unter den Bedingungen der niedrigen Zinsen leisten konnten.

Ab 30. Juni 2004 schnappte die Falle zu, als die FED bis 29. Juni 2006 die Leitzinsen zwölfmal um jeweils 0,25 Prozentpunkte bis auf 5,25 Prozent erhöhte. Diese waren somit jetzt um 525 Prozent höher als vier Jahre zuvor! Dementsprechend

stiegen auch die Zinsen für Immobilienkredite und erreichten ein Niveau, das immer mehr Kreditnehmer nicht bezahlen konnten. Da die Sparquote in den USA damals negativ war und die breite Bevölkerung also vorwiegend auf Pump lebte, waren die daraus folgenden Konsequenzen absehbar. Jeder erfahrene Banker musste einfach wissen, was Zinserhöhungen unter diesen Umständen bedeuteten. Ungeachtet der Kritik kündigte die FED Ende März an, es wolle seine Befugnisse noch weiter ausweiten, indem es entgegen der bisherigen Regelung Geld aus dem Finanzsystem herausnehmen werde, ohne wie bisher üblich im Gegenzug Wertpapiere zu verkaufen.

DUBIOSE ROLLE

Diese Vorgangsweise erscheint umso befremdlicher, wenn man diese Freizügigkeit mit der eher unnachgiebigen Gangart der FED im Falle der Investmentbanken Bear Stearns und Lehman Brothers vergleicht und die verheerenden Folgen in Betracht zieht, die daraus resultierten.

Im ersteren Fall hatten sich nämlich im März 2008 der damalige US-Finanzminister Henry Paulson, der zuvor die Konkurrenzbank Goldman Sachs leitete, gemeinsam mit Timothy Geithner, damals noch Gouverneur der Federal Reserve Bank of New York, geweigert, Bear Stearns mit einer kurzfristigen Liquiditätsspritze auszuweichen. Hedgefonds und andere Großkunden hatten zuvor nach einer wochenlangen Gerüchte-Kampagne gegen die Investmentbank spekuliert und massiv Gelder abgezogen. Stattdessen stellte Geithner dem Konkurrenten JPMorgan Chase kurz vor dem Wochenende 29 Milliarden Dollar zur Verfügung, damit dieser eine Kreditlinie bis zu 30 Milliarden Dollar und eine Laufzeit von 28 Tagen mit Bear Stearns vereinbaren konnte. Am Abend desselben Freitags setzten Geithner und Paul-

son dann per Telefon Bear Stearns-Boss Alan Schwartz völlig überraschend das Messer an die Kehle. Schwartz musste über das Wochenende dem Verkauf der Bank an JPMorgan Chase, der bereits in Verhandlung war, zustimmen. Und das um einen Pappenstiel von zwei Dollar je Aktie, die an der Börse am selben Tag

noch mit 32 Dollar gehandelt worden und ein Jahr zuvor noch 260 US-Dollar wert gewesen war. Die Alternative wäre der Bankrott gewesen. Nach dem Transfer nahm die New Yorker FED dem neuen Eigentümer im Austausch gegen die 29 Milliarden genau jene toxischen (= wertlosen) Asset Backed Securities (ABS) von



Jennifer fonds Slopetzky

Wir kümmern uns um Ihren Erfolg. Zum Beispiel mit unseren vielfach ausgezeichneten Dachfonds. Egal ob Sie konservativ oder risikobewusst investieren, ob Sie monatlich eine kleine Ansparsumme oder ein großes Vermögen anlegen möchten.

Wenn's drauf ankommt, hoffentlich Allianz.

Allianz 

Weitere Informationen und aktuell veröffentlichte Prospekte unter www.allianzinvest.at oder unter Tel. +43 1 505 54 80-4848



HISTORIE

ALS JOHN F. KENNEDY DIE FED
ENTMÄCHTIGEN WOLLTE



Als der amerikanische Präsident Abraham Lincoln zur Finanzierung des Bürgerkriegs 1861 Geld benötigte und ihm die Kredite der Rothschild-Banken, der traditionellen Kriegsfinanziers, zu teuer waren, unterlief er das Privileg der privaten Banken und ließ staatliche Dollarnoten drucken – den „Greenback“. Diese verwegene Tat sollte Lincoln nicht lange überleben. 1865 wurde er von einem Einzeltäter erschossen, der seinerseits auf der Flucht erschossen wurde. Sein Nachfolger Andrew Johnson stellte aus unerfindlichen Gründen die Banknotenproduktion ein.

Der nächste Präsident, der das Geldmonopol wieder dem Staat unterordnen wollte, war John F. Kennedy.

Wenige Monate vor seiner Ermordung soll der US-Präsident laut Aussage einer Zeugin von seinem Vater Joseph Kennedy im Oval Office des Weißen Hauses angeschrien worden sein: „Wenn Du das tust, bringen sie dich um!“ Doch der Präsident ließ sich von seinem Plan nicht abbringen. Am 4. Juni 1963 unterzeichnete er die „Executive Order Number 11110“, mit der er die frühere „Executive Order Number 10289“ außer Kraft setzte, die Herstellung von Banknoten wieder in die Gewalt des Staates zurückbrachte und damit das exklusive Kartell der Privatbanken weitgehend entmachtete. Als bereits rund vier Milliarden Dollar kleinerer Noten unter der Bezeichnung „United States Notes“ der Geldzirkulation zugeführt wurden und in der Staatsdruckerei größere Noten auf die Auslieferung warteten, wurde Kennedy am 22. November 1963, also 100 Jahre nach Lincoln, ebenso von einem Einzeltäter erschossen, der seinerseits noch vor seiner Einnahme erschossen wurde. Auch sein Nachfolger hieß (Lyndon B.) Johnson. Und auch dieser stellte aus unerfindlichen Gründen die Banknotenproduktion wieder ein. Die zwölf Federal Reserve Banken ließen die Kennedy-Scheine umgehend aus dem Verkehr ziehen und gegen ihr eigenes Schuldgeld austauschen.

Bear Stearns ab, an deren Abschreibungen die Investmentbank gewürgt hatte. Warum hatte die FED nicht schon vorher den Deal gemacht? Ein halbes Jahr später wiederholte sich das Spiel, als Lehman Brothers am 10. September 2008 Verluste in Höhe von vergleichsweise mickrigen 3,9 Milliarden Dollar für das dritte Quartal 2008 verlauten ließ. Vorstandschef Richard Fuld kündigte gleichzeitig den Verkauf eines Mehrheitsanteils an der In-

vestmentsparte, die Ausgliederung von Gewerbeimmobilien und weiteren illiquiden Vermögenswerten sowie eine Kürzung der Dividende auf 0,05 US-Dollar pro Aktie an. Doch JPMorgan-Chef Jamie Dimon weigerte sich diesmal. Auch andere Verkaufsbemühungen scheiterten. Und wieder weigerte sich noch Finanzminister Henry Paulson, einem Konkurrenten von Goldman Sachs beizustehen. Auch persönliche Animositäten gegenüber Richard Fuld sollen eine maßgebliche Rolle gespielt haben. FED-Gouverneur Geithner seinerseits wollte sich gleichfalls nichts einfallen lassen, um die Pleite abzuwenden – was damals noch billig gewesen wäre im Vergleich zu dem, was dann folgte. Am Montag, den 15. September 2008, an dem die Bank of America die Übernahme der gleichfalls angeschlagenen Investmentbank Merrill Lynch um 50 Milliarden Dollar verkündete, musste Lehman-Chef Richard Fuld die Insolvenz gemäß Chapter 11 anmelden.

KEIN VERTRAUEN MEHR

Für die internationale Finanzwelt war das ein Paukenschlag. Denn jahrzehntelang konnte man darauf vertrauen, dass die FED ein Fangnetz knüpfte, um jede große Bank aufzufangen, wenn sie in Schwierigkeiten geriet. Dazu war die Notenbank ja schließlich einst gegründet worden. War jetzt alles anders? Konnte man sich nicht einmal mehr auf die FED verlassen? Galt nicht mehr der Grundsatz: Too big to fail?

Das ohnedies schon angekratzte Vertrauen war schlagartig vollends zerstört. Henry Paulson, Timothy Geithner und Ben Bernanke waren als verantwortungslose Taschenspieler und Interessensvertreter einiger Großbanken entlarvt, die letztlich die ganze Welt ins Unglück stürzten. Da half auch nicht, dass sie umgehend fast 150 Milliarden Dollar in die Finanzmärkte pumpten und die US-Regierung am 19. September ankündigte, ein umfangreiches Rettungspaket für die Finanzbranche erarbeiten zu wollen. Allerdings sollte es noch bis zum 3. Oktober dauern, bevor auch das US-Repräsentantenhaus dem ersten 700-Milliarden-Dollar-Rettungspaket für amerikanische Banken zustimmte.

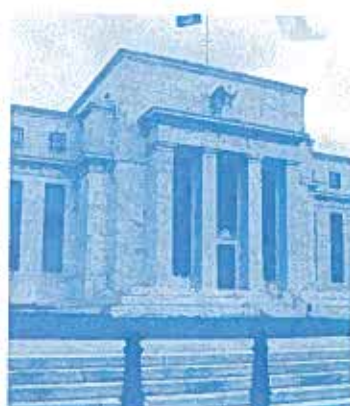
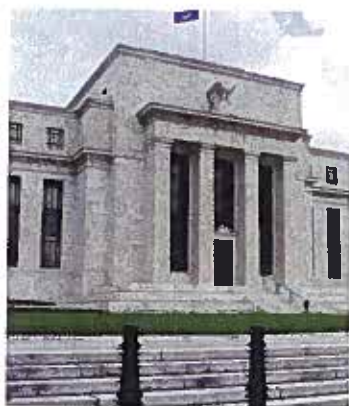
Weltweit brachen jedenfalls am 15. September die Börsenkurse ein. Die ohnedies schon schwelende Krise verschärfte sich. Keine Bank traut seither mehr der anderen. Denn niemand weiß bis heute, welche Bank welche Summe an faulen Immobilien-Wertpapieren und CDS investiert oder anderen Banken als Sicherheit für solche Käufe garantiert hatte. Die Folge ist, dass sich bis dato die Banken untereinander kaum mehr Kredite gaben. Der so genannte Interbankengeldmarkt, in dem sich die Banken gegenseitig von einem Tag auf den anderen praktisch per Zuruf problemlos Milliardensummen geliehen hatten, brach endgültig zusammen und hat sich vor allem in den USA seither nicht mehr erholt.



Die Geheimnisse der US-Notenbank

Die amerikanische „Zentralbank“ – in Wahrheit eine Geldmaschine für ein privates Bankenkartell, das umso mehr verdient, je höher die Zinsen sind.

Wolfgang Freisleben



Der Vorschlag zur Etablierung einer Zentralbank stammte zumindest offiziell von dem (deutschen) Bankier Paul Warburg. Die durch den Bankrott der Knickerbocker Trust Co. und die bedrohliche Lage der Trust Company of America im Herbst 1907 ausgelöste schwere Finanz- und Bankenkrise riss 243 Banken in den Abgrund, weil es keine Institution gab, die ihnen temporär Geld zur Überwindung ihrer Zahlungsschwierigkeiten zur Verfügung gestellt hätte. Zufällig war diese Krise wenige Monate zuvor von dem Bankier John Pierpont Morgan in einer Rede vor der New Yorker Handels-

kammer angekündigt worden, verbunden mit dem Ruf nach einer Zentralbank. Die Krise eignete sich bestens zur Unterstützung dieser Forderung. Morgan sollte später bei deren Umsetzung im Hintergrund auch eine wesentliche Rolle spielen. Ursprünglich Teilhaber des Bankhauses Warburg in Hamburg, hatte Paul Warburg 1893 während eines Aufenthalts in den USA die Tochter des Salomon Loeb vom New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co. geheiratet, der ihn und seinen Bruder Felix 1902 als Partner in die Bank (1977 zu Lehman Brothers fusioniert) holte. Von der Kuhn-Loeb-Bank großzügig mit

einem Jahreslöhrl von 500.000 Dollar ausgestattet, war Paul Warburg nach der Bankenkrise sechs Jahre ausschließlich damit beschäftigt, eine „Bankreform“ mit Einrichtung einer Zentralbank nach Vorbild der Bank of England (siehe Kasten rechts) zu propagieren und vorzubereiten, wobei er von Senator Nelson D. Aldrich unterstützt wurde. Dieser war bekannt als der politische Steigbügelhalter des Bankiers J. P. Morgan im amerikanischen Kongress und wurde später Schwiegervater des ersten amerikanischen Milliardenerben John D. Rockefeller junior.

BANK OF ENGLAND ° „Die von der Rothschild-Gruppe einst gegründete Bank of England wurde 1947 verstaatlicht und 1997 vom heutigen Premierminister Gordon Brown ohne viel Aufhebens wieder reprivatisiert und offenbar den früheren Eigentümern unter Führung der Rothschild-Gruppe zurückgegeben.“

VERSCHWÖRUNG IM JAGDCLUB AUF JEKYLL-ISLAND

Im November 1910 begab sich schließlich eine handverlesene Gruppe unter dem Vorwand eines Jagdausflugs in einem Eisenbahnwaggon mit zugezogenen Gardinen in den Jagdclub des Bankiers J.P. Morgan auf Jekyll-Insel in Georgia. Auf diesem später als Verschwörung bezeichneten geheimen Treffen gingen Paul Warburg (als Vertreter von Kuhn-Loeb und anderen jüdischen Banken) und je zwei führende Bankiers von J. P. Morgan (die auch die Interessen der Rothschild-Gruppe wahrzunehmen hatten) und der Rockefeller-Gruppe dem überaus eitlen Senator Aldrich zur Hand, um binnen neun Tagen eine Gesetzesvorlage zu texten, die der Republikaner unbedingt unter seinem Namen in den Kongress einbringen wollte.

Anstelle einer Zentralbank war darin aber nur von einer privaten nationalen Reservegesellschaft mit mehreren über Amerika verstreuten Repräsentanten die Rede, bei denen Geldinstitute, die sich freiwillig anschlossen, Geldreserven für Krisenfälle hinterlegen sollten. Wegen seiner bekannten Verbindungen zum Finanz- und Börsenzentrum in der New Yorker Wall Street scheiterte Aldrich, weil die Mehrheit der misstrauischen Abgeordneten darin zu Recht einen Plan sah, einem kleinen Kreis von mächtigen und untereinander verbundenen Bankiers eine dominierende Stellung und damit enorme Profitmöglichkeiten innerhalb der amerikanischen Wirtschaft zu sichern.

Natürlich ließen sich die Wall-Street-Haie nicht so schnell entmutigen und nützten die Präsidentschaftswahlen 1912, um den demokratischen Kandidaten Woodrow Wilson mit üppigen Geldspenden ins Präsidentenamt zu hieven. Nach

außen hin gab er sich im Wahlkampf noch als Gegner des „Wall Street Money Trust“ und versprach dem Volk ein Geldsystem, das frei von der Herrschaft der internationa-

len Bankiers der Wall Street sein sollte. Tatsächlich wurde das Zentralbank-Konzept aber von jener Gruppe eingefädelt, die ihrer Macht beraubt zu werden schien.

Die Schiffs, Loeb, Warburgs, Rockefellers und Morgans hatten jedenfalls auf das richtige Pferd gesetzt. Unter dem verharmlosenden Titel „Federal Reserve Act“, der fälschlich auf eine staatliche Einrichtung hinwies und angeblich den Wall-Street-Plan einer Zentralbank zunichte machte, schleusten sie die geringfügig umformulierte Gesetzesvorlage von Jekyll-Insel über willige Abgeordnete der

dem Kongress: „Dieses Gesetz etabliert das gigantischste Kartell auf Erden ... dadurch wird die unsichtbare Regierung der Geldmacht legalisiert sein ... Das neue Gesetz wird Inflation erzeugen, wann immer das Kartell die Inflation wünscht...“

Lindberg sollte Recht behalten, wie sich am Beispiel des „Dollar-Privilegs“ leicht erkennen lässt. Auch vor der Einrichtung des Notenbanksystems hatten private Banken Geldscheine gedruckt. In den 1860er-Jahren hatte es noch 8.000 verschiedene Banknoten gegeben, die von privaten „State Banks“ mit besonderer Genehmigung des Staates ausgegeben wurden. Ab 1880 durften noch 2.000 Banken eigene Banknoten ausgeben; ab 1914 aber war es nur mehr das privilegierte Dutzend. Mit dem Monopol zur unbegrenzten Geldproduktion verfügt das Bankenkartell des Federal Reserve Sys-

„Dieses Gesetz etabliert das gigantischste Kartell auf Erden ... dadurch wird die unsichtbare Regierung der Geldmacht legalisiert sein ... Das neue Gesetz wird Inflation erzeugen, wann immer das Kartell die Inflation wünscht.“

Charles A. Lindberg sen. nach einer Abstimmung vor dem Kongress.

demokratischen Fraktion mit Unterstützung von Präsident Wilson listig am 23. Dezember 1913 zur Abstimmung in den Kongress, als viele ahnungslose Abgeordnete bereits ihren Weihnachtsurlaub angetreten hatten und kaum jemand Zeit gehabt hatte, die Gesetzesvorlage zuvor auch tatsächlich zu lesen.

DAS GIGANTISCHSTE KARTELL AUF ERDEN

Die wenigen Abgeordneten, die das üble Spiel durchschauten, fanden kein Gehör. Der Konservative Henry Cabot Lodge sen. prophezeite in weiser Voraussicht „eine gewaltige Inflation der Zahlungsmittel“ und dass „die Goldwährung in einer Flut von nicht einlösbarer Papierwährung“ ertrinken werde. Nach der Abstimmung sagte Charles A. Lindberg sen., der Vater des berühmten Fliegers, vor

tems über eine gigantische Geldmaschine, mit der es Jahr für Jahr prächtig verdient. Wer dahinter steht, ist ein streng gehütetes Geheimnis.

ANTI-DEFAMATION LEAGUE UND DIE EIGENTÜMERBANKEN

Licht in das Dunkel der Gründungsaktionäre bringt überraschenderweise die Website der Anti-Defamation League mit der Aufzählung der angeblichen Gründungsbanken. Diese jüdische Lobby-Organisation zur Abwehr von Angriffen auf die jüdische Glaubensgemeinschaft wurde – zufällig oder nicht – im selber Jahr 1913 gegründet, in dem das Notenbankgesetz verabschiedet wurde. Ein Konnex ist jedenfalls nicht von der Hand zu weisen: Unter den Gründern finden sich mit den damaligen Warburg-Banken aus Amsterdam und Hamburg, den beiden



FAKTEN

PRIVILEGIEN FÜR EINE GELDMASCHINE

Das private Federal Reserve System ist weder federal (staatlich) noch hält es große Reserven und ist auch kein System. Es ist vielmehr ein privates Bankenkartell, das über eine Vielzahl unglaublicher Privilegien verfügt, von denen zwei besonders hervorstechen:

☛ Mit dem Druck von Banknoten verwandelt die FED zu minimalen Kosten wertloses Papier in Dollarnoten. Große Geldsummen gab es früher per Scheck. Heute werden sie noch billiger als Computerausdruck dargestellt und gegen Übermittlung von Schuldverschreibungen anderen Banken oder dem amerikanischen Staat (sowie inzwischen auch weiteren Staaten) geliehen. So funktioniert die Geldschöpfung. Damit hat das Kartell im Lauf seiner Geschichte aus dem Nichts Billionen von Forderungen geschaffen, für die es permanent Zinsen kassiert, was einen immerwährenden jährlichen Profit in Höhe von mehreren hundert Milliarden Dollar pro Jahr sichert. Dadurch muss sich so nebenbei keine amerikanische Regierung Sorgen um das Staatsdefizit machen, solange die Herren im Nadelstreif auf der Seite der Regierung stehen und bei Bedarf – wie gegenwärtig – jederzeit die Druckerpresse in Gang setzen.

☛ Mit dem Zinsprivileg setzt die FED die Höhe dieser Zinsen selber fest und es ist einsichtig, dass sie größtes Interesse daran hat, möglichst hohe Zinsen zu kassieren. Daher reizt sie die Zinshöhe möglichst oft bis zum äußersten aus und verursacht damit periodisch Krisen, um danach wieder durch Zinssenkungen als Retter in der Not aufzutreten. Mit den Zinsen wird permanent Kaufkraft von den amerikanischen Bürgern abgeschöpft und zu den FED-Bankiers umverteilt: über direkte Kreditzinsen ebenso wie indirekt über Steuern, die in Form von Zinsen für Staatsschulden zur FED umgeleitet werden. Mit den Zinsen ändert die FED zugleich die Rahmenbedingungen für die größte Volkswirtschaft der Erde und deren wichtigste Aktienbörse in der New Yorker Wall Street, die als Leitbörse Signalwirkung für die restlichen Börsen der Welt hat.

Rothschild-Banken aus London und Frankfurt, der Lazard Frères-Bank Paris, der Israel Moses Seif-Bank (Italien) und den New Yorker Banken Lehman Brothers und Kuhn-Loeb (siehe Kasten unten) sowie Goldman Sachs mehrheitlich jüdischen Banken, ergänzt durch die gleichfalls in New York domizilierte damalige Rockefeller-Bank Chase National Bank (später Chase Manhattan) und die Bank des J.P. Morgan. Den ihm angebote-

nen ersten Vorsitz des Federal Reserve Board lehnte Paul Warburg als eben erst (1910) eingebürgerter deutscher Jude mit unüberhörbarem deutschem Akzent so knapp vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs gegen Deutschland ab, zumal die Hamburger Warburg-Bank seiner Brüder Deutschland als Financier im Weltkrieg gegen die USA unterstützte. Er wurde jedoch Mitglied des Aufsichtsrats wie auch des mächtigen Council on Foreign Rela-

tions, das bis heute mit etwa 2.000 Mitgliedern als einflussreiche Meinungsbildungsplattform amerikanischer Spitzenpolitiker und FED-Banker fungiert.

VORWÜRFE NACH DEM BÖRSENKRACH 1929

Seine jahrelange Bemühung um die Gründung des amerikanischen Notenbanksystems brachte Warburg indes nicht nur Geld und Ehre in der Hochfinanz ein, sondern auch die schlimmste Erfahrung seines Lebens. Er forderte 1928 vergebens eine Beschränkung des Geldumlaufs, um die an den Goldtausch von einst erinnernde Spekulation an der Börse zu bremsen. Doch die wenigsten wollten auf ihn hören und nannten ihn den „Cassandra der Wall Street“. Nach dem Börsenkrach im Oktober 1929 wurde er zur Zielscheibe von Leuten, die ihr Vermögen verloren hatten. Gerüchte, Broschüren und Artikel bezeichneten ihn, der versucht hatte, der Finanzkatastrophe vorzubeugen, als den „unamerikanischen Urheber“ der damaligen Börsenpanik. Formulierungen wie „Paul Warburg gründete mit seiner Bande das Federal Reserve System, um Amerikas Finanzen in jüdische Hand zu bringen und Amerika bis zum Zusammenbruch auszusaugen“, waren an der Tagesordnung und setzten sich in Legenden bis lange nach dem Zweiten Weltkrieg fort. Verbittert über die Angriffe starb er 1932.

Doch auch nach Warburg entstanden immer wieder wirtschaftliche Rezessionen und Kursstürze an der New Yorker Börse (mit gleichartigen Auswirkungen auf alle übrigen Weltbörsen), denen Zinserhöhungen des Federal Reserve System vorangegangen waren: 1936-37 fielen die Aktienkurse um 50 Prozent, 1948 um 16 Prozent, 1953 und 1956 um je 13 Prozent, 1957 um 19, 1960 um 17, 1966 und 1970 um je 25 Prozent. Später folgten der Börsencrash im Oktober 1987, Kursstürze 1990, 1992, 1998 und zuletzt die schwere Baisse von April 2000 bis März 2003 sowie die aktuelle Krise seit August/September 2007, deren Ende noch immer ungewiss ist.

LEHMAN BROTHERS UND KUHN-LOEB ° Die mit Kuhn-Loeb 1977 fusionierte Lehman Brothers wurde 1984 von American Express aufgekauft, mit Shearson und 1988 mit E.F. Hutton & Co. fusioniert und 1993 an die Travelers Group weiterverkauft. Diese trennte sich vom Investmentbanking, das 1994 unter dem Namen Lehman Brothers selbstständig an die Börse ging und nichts mehr mit den ursprünglichen FED-Gründern zu tun hatte. So ist auch zu verstehen, warum die Investmentbank im September 2008 nicht von der FED aufgefangen wurde und in die Pleite schitterte.